

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Watter gegen „Vorwärts“.

Die Berufungsverhandlung in Moabit.

Bei dem heute vormittag beginnenden Prozeß fehlen beim Zeugenaufruf zwei Zeugen aus dem besetzten Gebiet, darunter der Abgeordnete Klupisch. Ein Vergleich kommt nicht zustande, da der Beklagte auf eine nochmalige Klärung der Tatsachen besteht.

Nach der Verlesung des Urteils erster Instanz kommen bei der Vernehmung des Angeklagten Schiff zunächst die beiden Artikel vom 24. und 28. August 1921 „Der große Kummel“ (der sich auf den damaligen Frontkämpfertag im Stadion bezog) und „Ist er dumm oder tut er nur so“ zur Sprache. In diesen Artikeln wird die Befeldigung erblüht:

1. weil ausgeführt wurde, daß alles, was in Deutschland an Rechtspuñschisten herumläuft, beim Frontkämpfertag war, darunter auch General v. Watter, der am Kapp-Putsch teilgenommen habe, bis er dessen Ausschloßlosigkeit eingesehen habe, und

2. daß General v. Watter an einer Verschwörerzählung in Karlsruhe am 18. November 1921 teilgenommen habe.

Es kommt zunächst zur Sprache, daß beim Kapp-Putsch General v. Watter sich geweigert hat, einen gemeinsamen Aufruf des wehrfähigen Oberpräsidenten Dr. Wurmelin und des Reichskommissars Severing mit zu unterzeichnen. Der Beklagte Schiff betont, daß der eigene Aufruf des General v. Watter implizite.

eine Anerkennung der Regierung Kapp

enthalten habe.

Rechtsanwalt Horowitz: Es war die Taktik des Kapp und seiner Minister, in ihren Aufrufen zu versichern, daß es nicht gegen die Republik gehe, daß die Verfassung aufrechterhalten bleibe. Die Frage ist also, „wer hat sich in jenen Tagen hinter die Regierung Bauer-Ebert gestellt?“ und die Schlagworte für die Republik für die Befeldigung besagen gar nichts. Der Vorwurf des Angeklagten geht dahin, daß General von Watter zunächst absichtlich und bewußt abwartend nichts getan hat, und die

Erklärungen des Oberpräsidenten und Severings deshalb nicht mit unterzeichnet hat. Die Haltung des Generals war eine bewußte Zweideutigkeit.

Von Watter: Mir war von einer Reichsregierung Kapp damals noch nichts bekannt. Wir hatten in Münster nur erfahren, daß in Berlin alles Mögliche los wäre. Teils von mir, teils von der Reichsregierung waren eine Reihe linksstehender Zeitungen im Ruhrrevier vorher verboten worden. Daraufhin habe ich am 14. März auch die „Deutsche Zeitung“ verboten, weil sie gleichfalls hegte. Ich ließ auch Severing nach Münster bitten, um zu dokumentieren, daß ich mit ihm zusammen arbeite. Erst nach meinem eigenen Aufruf wurde mir der Aufruf des Oberpräsidenten und des Reichskommissars Severing vorgelegt, d. h. ich gab die Genehmigung zu seiner Veröffentlichung, meinen Namen habe ich nicht daruntergesetzt. Denn was ich zu sagen hatte, hatte ich bereits gesagt. In meinem Aufruf sprach ich von der Regierung Ebert-Bauer.

Rechtsanwalt Sänger: Das Fazit Ihrer Erklärung ist also, daß die Reichsregierung Ebert-Bauer linksgerichtete Zeitungen verboten hat.

Schiff: Bereits am Sonnabend war in ganz Deutschland bekannt, daß die Kapp-Regierung Berliner republikanische Zeitungen verboten hatte und Sie, Herr General, erklären jetzt, daß es sich um Verbote der verfassungsmäßigen Regierung gehandelt habe.

Beklagter: Im ersten Verfahren, Herr General, erklärten Sie, daß Sie nur für Ruhe und Ordnung in ihrem Bezirk zu sorgen hatten und daß Sie deshalb die Rückunterzeichnung des Aufrufes ablehnten.

Von Watter: Das trifft auch zu.

Rechtsanwalt Sänger: Warum haben Sie, Herr General, später nach dem Kapp-Putsch einen politischen Aufruf erlassen?

Von Watter: Damals war es nötig.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Unruhige Reichstagsferien.

Der Reichstag ist am Sonnabend in Sommerferien von unbestimmter Dauer gegangen. Der Präsident hat die Ermächtigung erbeten und erhalten, die nächste Sitzung selbst bestimmen zu dürfen, und es ist vorauszusehen, daß der Gang der politischen Ereignisse eine baldige Wiedereinberufung der Volksvertretung notwendig machen wird. Wenn die sozialdemokratische Fraktion den leider abgelehnten Antrag stellte, vor dem Auseinandergehen noch eine allgemeine politische Aussprache stattfinden zu lassen, so handelte sie nur im wohlverstandenen Interesse des Parlaments und des parlamentarischen Systems selbst. Denn es ist zweifellos, daß große Massen des Volkes nur mit sehr gemischten Gefühlen zusehen, wie der Reichstag in die Ferien geht, ohne auf die Fragen, die eine höchst ungewisse Lage aufwirft, eine Antwort gegeben, ohne die Lösung der drängenden außen- und innenpolitischen Probleme auch nur versucht zu haben.

Für die Zeit der Parlamentsferien verbleibt die Entscheidung einer Reichsregierung, von der schwer zu sagen ist, auf welche parlamentarische Mehrheit sie sich stützt. Die Schuld an diesem höchst unglücklichen Umstand trägt freilich nicht sie, sondern der Reichstag selbst oder genauer ausgedrückt, die bürgerliche Mitte, die die Linie der Koalitionspolitik verlassen hat, um sich mit der Volkspartei auf Gedeih und Verderb zu verbinden. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten würden zusammen über eine Mehrheit verfügen, Zentrum, Demokraten und Volkspartei verfügen aber über eine solche nicht. Es mag sein, daß die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“, auf die sich die Regierung Cuno stützt, bei ihrer Begründung die Absicht hatte, die Verbindung mit der Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten, und gewiß waren diejenigen guten Glaubens, die damals versicherten, an die Bildung eines antisozialdemokratischen Bürgerblocks werde nicht gedacht. Trotzdem muß nach den Erfahrungen des letzten Tagungsabschnitts des Reichstags die Frage aufgeworfen werden, wie weit wir noch vom antisozialdemokratischen Bürgerblock entfernt sind.

Immer häufiger hat in wichtigen Fragen die Arbeitsgemeinschaft der Mitte ihre Verlängerung zur parlamentarischen Mehrheit nach rechts und nicht nach links gefunden. Die Regierung, an deren Spitze zwei in der inneren Politik unerfahrene Männer, Cuno und Rosenbergh, stehen, ist in diese Entwicklung vielleicht eher unbewußt hineingelitten, als daß sie sie zielbewußt gewollt hat. Vielleicht verließ sie sich auch allzu sehr darauf, daß von der Sozialdemokratie bei ihrem bekannten Verantwortungsgedühl keine Schwierigkeiten zu erwarten seien, und sie legte es daher mehr darauf an, durch Jugeständnisse jene Rechtskreise ruhig zu halten, bei denen ein so hoch entwickeltes Verantwortungsgefühl mit Recht nicht erwartet wird.

Wie dem auch immer sei, die Folgen sind beklagenswert. In der sozialistischen Arbeiterschaft ist zu dieser Regierung, in der sie nicht vertreten ist und die mit Erfolgen nicht aufwarten kann, Vertrauen nicht vorhanden. Man begreift vielleicht zur Not noch, daß es die Sozialdemokratie unter den gegebenen außenpolitischen Verhältnissen nicht darauf angelegt hat, eine ausweglose Krise zu eröffnen, aber dieses Vertrauen kann in keiner Weise der Regierung das Vertrauen der arbeitenden Massen ersetzen, das sie braucht und das ihr fehlt.

Es ist schon oft gesagt worden, und es ist zweifellos richtig, daß die deutsche Regierungskunst unter den gegebenen geradezu verzweifelten Verhältnissen nur darin besteht, es „weniger schlimm“, nicht es gut zu machen. Auch eine sozialdemokratische Reichsregierung — von einer Koalitionsgesellschaft gar nicht zu reden — würde nicht instande sein, dieses getretene Deutschland und dieses zermürbte Europa binnen kurzem zum Paradies umzugestalten. Das sehen die Massen der politisch unterrichteten Arbeiter klar genug, um sich der Wirkung kommunistischer Schlagworte entziehen zu können. Auf der anderen Seite aber sucht man vergebens nach einer befriedigenden Antwort auf die Frage, inwiefern die gegenwärtige Reichsregierung ihrer Aufgabe, es wenigsten „weniger schlimm“ zu machen, gerecht geworden ist.

Hätte eine andere Regierung die Ruhrbesetzung verhindern oder den ausgebrochenen Konflikt rascher lösen können? Niemand kann auf diese Frage eine bestimmte Antwort geben, obwohl es klar ist, daß Ungeschicklichkeiten begangen wurden, die vermieden werden konnten. Mußte man aber mit einer langen Dauer des Konflikts rechnen, dann war es notwendig, rechtzeitig energische Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Innern nach Möglichkeit zu konsolidieren und damit die auf ihre Zerrüttung gerichtete Taktik der Gegner zu vereiteln.

Dazu waren zwei Dinge notwendig, die erreicht, wenn nötig erzwingen werden mußten: Opfer des Besitzes und nationale Disziplin. Das rasende Steigen aller Lebensmittelpreise mußte nach Kräften aufgehalten, die Finanzpolitik durch kräftige Besteuerungen gestützt werden. Während einer auswärtigen Krise, die nur wenige Wochen dauerte, konnte man sich allenfalls auf die Notpresse verlassen. Jetzt aber können wir in zwei Tagen das traurige Jubiläum einer halbjährigen Ruhrbesetzung begehen, und es läßt sich schwer vorstellen, in welche Zustände wir hineingeraten werden, wenn die gegenwärtige Verwirrung noch monatelang dauert.

Der große Kampf im besetzten Gebiet kann auch nur dann mit Erfolg weitergeführt werden, wenn er in voller Disziplin geführt wird. Gewaltakte, die von Einzel-

Die Streiklage in Berlin.

Eine mögliche Einigungsgrundlage.

Im allgemeinen hat sich die Situation weiter zuspitzt. Nur im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Einführung der wertbeständigen Löhne ist es bei den Gemeindefunktionären gelungen, das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen zur Annahme zu bringen. Wenn die Reichsregierung bei diesen Verhandlungen nicht mit konkreten Vorschlägen kommen wird, dann dürfte eine ungeheure Enttäuschung eintreten, deren Folgen noch unübersehbar sind.

Wohl ist die Streiklage im Baugewerbe. Auch hier droht eine weitere Ausdehnung des Streiks. Nachdem das Ergebnis der letzten Verhandlungen von den Arbeitern in der Urabstimmung mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden ist, wird der Kampf auf einer verbreiterten Grundlage, d. h. auf der Grundlage der wertbeständigen Lohnsicherung geführt werden.

Diese Frage wird gleichfalls im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, die heute im Reichsarbeitsministerium auf Einladung des Reichsarbeitsministers stattfinden, um den Kampf in der Metallindustrie beizulegen. In dieser Frage macht Herr Dr. Carl Röttgen, der Leiter der Siemens-Schuckert-Werke, nunmehr einen Vorschlag, der zu einer Verständigung führen könnte. Er schlägt vor, daß zur Ermittlung der jede Woche zur Auszahlung kommenden Löhne, gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Lebenshaltungsinde ermittelt wird. Er wünscht nur, daß dieser Index nicht veröffentlicht wird und nicht ein zentraler Index sein soll. Obwohl uns die Bedenken von Dr. Röttgen wegen der Veröffentlichung des Index schon deshalb nicht stichhaltig erscheinen, weil ja doch der Dollar es ist, der die Großhandelspreise bestimmt, und diese wieder die Kleinhandelspreise bestimmen, so braucht man die Frage der Veröffentlichung oder Geheimhaltung des Index zu keiner Kardinalfrage zu machen. In der Maßbranche der Bekleidungsindustrie wird nach dem Vorschlag des Herrn Dr. Röttgen bereits seit dem 26. Juni verfahren. Es versteht sich von selbst, daß die Voraussetzung ist, daß auch die in der Verbrauchswirtschaft eintretende Teuerung zu berücksichtigen sein wird und zwar geschieht dies am besten, indem man sich auf die Großhandelspreise bezieht, und daß der Grundlohn, von dem ausgegangen werden muß, mindestens so hoch sein muß, wie ihn Herr Dr. Röttgen in einem vorhergehenden Artikel selbst als möglich angeführt hat, d. h. daß er zwei Drittel bis drei Viertel des Friedensreallohnes betragen muß.

Aber das sind Einzelheiten, über die sich reden läßt. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß sofort in die praktische Verwirklichung der wertbeständigen Löhne eingetreten wird. Sollten die Unternehmer und die Regierung, so wie es die Reichstagsmehrheit am Sonnabend getan hat, des Glaubens sein, daß man mit solchen Worten die Situation noch zu meistern imstande sei, dann geben sie sich einer verhängnisvollen Täuschung hin. Bedenkt man, daß nach den offiziellen Marktkursen die Ernährungskosten allein gegenwärtig mehr als das 30 000fache des Friedens-

standes betragen, dann wird man ohne weiteres begreifen, daß die Situation sich nur verschärfen kann, wenn den Arbeitern nicht die Gewähr gegeben wird, daß ihre Löhne auch den Preisen wirklich angepaßt werden. Und zwar muß dies sofort geschehen.

Wie die BS-Korrespondenz zu berichten weiß, sind schon am Sonnabend nachmittag die Arbeiter des A.G.-Werks Grünthalerstraße dem Beispiel ihrer Oberschönweider Kollegen gefolgt und am heutigen Montag früh hat diese Bewegung trotz aller Bemühungen der Funktionäre weiter an Umfang genommen. In erster Linie ist davon die A.G. besonders ausdrücklich noch nicht ergangen war. Heute morgen trat trotzdem, für die von der Streikleitung die Streikparole die A.G.-Hennigsdorf mit 6000 Arbeitern, A.G.-Turbine mit 4000, ferner Doram-Werk A, Siedingerstraße mit 5000, Karl Schöning, Reinickendorf mit 500 Arbeitern und die Belegschaften zwei kleinerer Betriebe in den Streik, so daß die Zahl der Streikenden jetzt circa 130 000 betragen dürfte. Leider war es uns nicht möglich, vor Redaktionsschluss eine Bestätigung dieser Nachricht von der Streikleitung zu erhalten.

Neuer franko-belgischer Schritt angekündigt.

Brüssel, 8. Juli. (EP.) Am Samstag nachmittag ist folgende offizielle Note veröffentlicht worden: Die belgische Regierung hat beschlossen, einen ernsthaften Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen, damit diese strenge Maßnahmen ergreife und sich den Untersuchungen der belgischen und französischen Regierung anschließe, um die Urheber des Attentats von Duisburg zu bestrafen. Wenn die deutsche Regierung sich weigern würde, in dieser Angelegenheit den Beweis des nötigen guten Willens abzugeben, dann würden die belgische und französische Regierung über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten.

Brüssel, 8. Juli. (EP.) Heute vormittag fand hier eine Massenkundgebung als Protest gegen das Duisburger Attentat statt. Die Manifestanten zogen in Stärke von mehreren Tausenden von 10 Uhr an durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Familien der Toten marschierten an der Spitze des Zuges. Daran schlossen sich zahlreiche Vertreter der Behörden und des Parlaments sowie Delegationen von Arbeitervereinen. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Eine Delegation der Angehörigen der Getöteten begab sich zum Könige.

Die Wahl in Paris-Umgebung.

Bürgerlicher Sieg.

Paris, 9. Juli. (EP.) Bei der Erziehungswahl im Departement Seine et Oise sind die beiden Kandidaten Franklin Bouillon und Gouff mit 77 406 und 766 618 Stimmen gewählt worden; die beiden kommunistischen Kandidaten erhielten 54 365 und 52 436 Stimmen, die Sozialisten 296 und 295. Die Kandidaten des nationalen Blocks waren nach dem ersten Wahlgang zurückgetreten.

personen oder Minderheitsgruppen auf eigene Faust unternehmen werden, können ihn nur stören, nicht fördern. Das Treiben völkischer Gruppen im besetzten wie im unbesetzten Gebiet muß — ganz abgesehen von allen Verstandsgründen, die dagegen sprechen — schon als ein Akt der Disziplinlosigkeit die schärfste Verurteilung finden. Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung diesen klaren Standpunkt erst unter der Einwirkung des Papstes gefunden hat, und es ist von ihr zu verlangen, daß sie nunmehr unverrückbar an ihm festhält.

Durch ihre Duldung hat inzwischen das völkische Treiben einen solchen Umfang angenommen, daß es zu einer Gefahr — beiseite nicht für den französischen Imperialismus — wohl aber für die deutsche Republik geworden ist. Nur eine feste Führung in den Einzelstaaten wie im Reich kann diese Gefahr bannen. Eine solche feste Führung wäre aber von der gegenwärtigen Reichsregierung nur dann zu erwarten, wenn sich in ihr ein kräftiger Umchwung an Auffassungen vollzöge, zu dem die Entwicklung der Dinge allerdings allen Anlaß gibt.

Das einzige Aktivum der gegebenen Lage bleibt die Erkenntnis des ganzen deutschen Volkes, daß die Kapitulation vor dem Machtwillen des französischen Imperialismus keine Lösung wäre und keine Besserung herbeiführen könnte. An seinem Bestand aber hat nicht die Regierung das entscheidende Verdienst, sondern nur die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie und die Einsicht der arbeitenden Massen.

Die Wahl in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei den gestrigen Landtagswahlen wurden abgegeben für die

Sozialdemokraten	11 707	Stimmen (8 Mandate)
Kommunisten	10 633	" (7 ")
Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Demokraten usw.)	7 640	" (5 ")
Deutsche Volkspartei	2 964	" (2 ")
Deutschvölkischen	4 651	" (3 ")
Deutschnationalen	12 643	" (9 ")
Landwähler	1 004	" (1 ")

Die bisherige sozialdemokratisch-demokratische Regierungskoalition erscheint gefährdet infolge des starken Anwachsens der Kommunisten.

Öffentliche Wahlen sind immer Stimmungsmesser. Sie verdienen deshalb gerade in der Demokratie besondere Beachtung, besonders in einer politisch und wirtschaftlich so gespannten Zeit, wie der gegenwärtigen. Nachdem bisher aus dem kleinen Duodezstaat Mecklenburg-Strelitz vorliegenden Ziffern von der gestrigen Landtagswahl hat der 8. Juli für die Sozialdemokratie und die republikanischen Parteien kein gutes Resultat gebracht. Vielmehr triumphieren die Extremen von rechts und links, die Deutschnationalen, Völkischen und die — Kommunisten! Woraus die beiden Flügelgruppen die Schlussfolgerung ziehen werden, daß gerade ihre — entgegengesetzten! — politischen Grundsätze von den Wählern gebilligt worden seien.

Ein Vergleich mit den Ziffern der letzten Landtagswahl vom 16. Mai 1920 zeigt die jetzt eingetretene Verschiebung deutlich auf. Damals wurden gezählt:

Sozialdemokratie	25 008	15
Unabhängige Sozialisten	2 265	1
Deutschdemokratische Partei	7 875	5
Wirtschaftliche Vereinigung (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei)	13 086	10
Handwerk und Gewerbe	6 282	4
Rentnervereinigung	1 187	—

Die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen brachten damals also 25 263 Stimmen auf und zählten 16 Mandate. Heute ist die Vereinigte Sozialdemokratie auf 11 707 zurückgegangen und wird nur noch 8 Mandate haben. Die Kommunisten, die sich zum ersten Male in diesen vorwiegend ländlichen Bezirken beteiligten, bringen über 10 000 Stimmen auf und werden mit 7 Mann in den Landtag ein-

ziehen. Sie werden darüber ein Triumphgeschrei erheben. Denn so wenig Wert sie der parlamentarischen Arbeit auch beimesen, so außerordentlich wissen sie doch ihre „Wahlstiege“ zu feiern.

Nur, daß dieser kommunistische Sieg ein viel härterer Schlag für die parlamentarische Arbeit ist, als das Anwachsen der Rechtsparteien nur für sich es hätte sein können. Das ergibt sich aus einem einfachen Blick auf die Zahlen. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und die Mittelständler-Gruppe hatten 1920 genau 19 368 Stimmen und 14 Mandate; jetzt zählen sie, obschon sie getrennt vorgingen, mit den neuauftretenden Völkischen und dem Landbund zusammen 21 262 Mann und 15 Mandate. Die Verschiebung nach rechts ist also wirklich nicht erheblich. Würden die Kommunisten, wie sie es nicht sind, gewillt und fähig sein, eine parlamentarische Mehrheit bilden zu helfen, so wäre auch jetzt noch eine glatte Linksmehrheit gesichert. Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten zählen 20 Sitze, würden gemeinsam also die bisherige demokratisch-sozialistische Regierung bilden und stützen können. Sie würden so verhindern, daß das Kleinere der beiden Mecklenburg ein reaktionärer Wetterwinkel würde, wie wir ihn in Bayern ja genügend kennen gelernt haben. Bei der ganzen politischen Einstellung der Kommunisten ist jedoch an eine so vernünftige Lösung der Frage kaum zu denken. Da aber Demokraten und Sozialdemokraten, selbst mit Einschluß der beiden Volksparteier, eine parlamentarische Mehrheit nicht darstellen, so werden die Rechtsparteien wahrscheinlich aus dem Verlagen der Kommunisten den Vorteil ziehen, der ihnen sonst ver sagt geblieben wäre. Da an eine reine „Arbeiterregierung“ unter den gegebenen Verhältnissen in Mecklenburg-Strelitz so wenig gedacht werden kann, wie etwa an eine Sowjet-Republik, so werden sich lediglich die Deutschnationalen und die Völkischen ins Fäustchen lachen dürfen. Es sei denn — was sehr unwahrscheinlich ist —, daß die Zentrale der SPD. vernünftiger Parolen nach Neustrelitz sende, als sie gemeinhin zu tun pflegt.

Einmütig in der Verurteilung.

Reichskabinett und preußische Regierung.

In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit der preußischen Staatsregierung, die am Donnerstagnachmittag in der Reichskanzlei stattfand, waren auch die Sabotageakte Gegenstand der Erörterungen. Es bestand, wie wir erfahren, volle Einmütigkeit in der Ablehnung und Verurteilung der unheimlichen Dynamitfabrikation, die nicht nur die Abfuhr von Kohle und Koks unterbindet, sondern durch die folgenden Repressalien nur geeignet ist, den Widerstand der Bevölkerung zu zermürben und ängstliche Gemüter den Franzosen in die Arme zu treiben. Gegen die Mitglieder sogenannter Sprengkolonnen, die in den letzten Wochen am Rand des besetzten Gebietes angetroffen sind und die sich anschießen, auf eigene Faust — ohne auf die Interessen und die Willensmeinung der Bevölkerung des besetzten Gebietes Rücksicht zu nehmen — den passiven Widerstand in Gewalttaten umzubiegen, wird nach wie vor mit aller Entschiedenheit eingeschritten.

Man nimmt sich Entschädigung!

63 000 Franken für die Brücken Sprengung.

Paris, 9. Juli. Havas meldet aus Koblenz: Die Rheinlandkommission hat gestern der belgisch-französischen Eisenbahngesellschaft eine vorläufige Entschädigung für den Eisenbahnunfall auf der Hoßfelder Brücke in Höhe von 63 000 Franken zuerkannt, die aus den den Einnahmen des Deutschen Reiches zu entnehmenden Mitteln geleistet werden soll.

Hierzu bemerkt WTB.: Der Eisenbahnunfall bei Duisburg ist ein Vorkommnis, das nur unter den durch den rechtswidrigen französisch-belgischen Rubrinbruch geschaffenen Verhältnissen möglich war. Die Eisenbahnbrücke steht unter Bewachung des französisch-belgischen Militärs. Den deutschen Behörden ist durch systematische

Fernhaltung und durch Auflösung der Sicherheitsorgane eine Bewachung unmöglich gemacht worden. Die deutsche Regierung kann daher, selbst wenn — was durchaus noch nicht einwandfrei erwiesen ist — es sich um ein Attentat handeln würde, auf keinen Fall für die daraus entstandenen Folgen haftbar gemacht werden. Der Rheinlandkommission fehlt daher jeder Rechtstitel für ihr Vorgehen.

Sanktionen.

Paris, 9. Juli. (Eca.) Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf sind in der Nacht vom 5. zum 6. Juli in Dortmund alle militärischen Telefonleitungen abgeschnitten worden. Die Stadt sei infolgedessen zu einer Buße von 100 Millionen verurteilt worden. In Bitten wurde nach einer Havas-Meldung auf Grund des Anschlages auf eine Schildwache der Belagerungszustand verhängt. Die Kaffehäuser und Kinos sind geschlossen. Der nächtliche Verkehr auf den Straßen ist unterbrochen worden. Ausgenommen sind Arbeiter mit besonderen Passierscheinen und die Geistlichen und Ärzte.

Duisburg, 9. Juli. (Wib.) Während die Belgier sich bisher mit vier Geiseln für jeden Zug begnügten, zwingen sie jetzt Dußende von Personen, auf ihren Zügen mitzufahren; so wurden gestern 50 Deutsche zwangsweise in einen Zug gebracht, den sie als Geiseln begleiten mußten. Die Personen, die dazu bestimmt werden, müssen sich zwei Stunden vor Abfahrt des Zuges bei der belgischen Militärbehörde melden.

Münster, 9. Juli. (Wib.) Dem Roten Kreuz ist das Betreten des Wittener und Wetterer Gefängnisses wiederum für 14 Tage verboten worden, angeblich wegen Ausbruchs einiger Gefangener.

Essen, 9. Juli. (Wib.) Ein Brauereiarbeiter aus Dortmund wurde wegen Beleidigung eines französischen Zeitungs-trägers zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Vier Kaufleute erhielten wegen Beleidigung zweier französischer Offiziere je einen Monat Gefängnis und eine Million Mark Geldstrafe.

Befahungsjustiz.

Offenburg, 9. Juli. (Wib.) In der letzten Nacht wurde hier eine von den Franzosen gezogene Telefonleitung von unbekanntem Täter zerschlagen, und zwar in einer Zwischenpause der Patrouillengänge der Bahnhofswache, welche hier von der freiwilligen Feuerwehr gestellt wird.

Der Marksturz geht weiter!

Die Stellung der Reichsbank im Kampfe gegen die Kursfrenkung der Mark gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger. Bereits am Sonnabend zeigte an den Auslandsbörsen ein neuer Marksturz ein, der noch den bis jetzt vorliegenden Reaktionen auch bei Beginn der Woche anhält. Die große Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln hat trotz der von der Reichsbank in Wege geleiteten Nachprüfung des Ursprungs der Kaufaufträge keine Berinderung erfahren. Es besteht eben aus den vergangenen Wochen noch ein größerer ungedeckter Bedarf, der immer wieder an den Markt kommt. In Großbankkreisen bestreitet man ganz energisch, daß die Behauptungen der Reichsbank zutreffen, wonach vielfach höhere Beträge abgefordert werden, als dem wirklichen Bedarf entspricht.

Im heutigen amtlichen Verkehr hat die Reichsbank alles auf, um die Kurse der Devisen niederzuhalten. Sie nahm wiederum nur Zuteilungen von 5 bis 10 Proz. auf die Nachfragen vor. In Börsenkreisen rechnet man angesichts der starken Spannung zwischen inländischen Devisenkursen und Auslandskursen der Mark nur noch mit einer kurzen Dauer der Stützungsaktion, zumal aus dem heutigen Reichsbankausweis hervorgeht, daß wieder 40 Millionen Goldmark vom ausländischen Golddepot der Bank verpfändet worden sind, wodurch dieses auf 140 Millionen Goldmark zurückgeht. Auch die Steigerung des Notenumlaufs um 4,2 Billionen auf 17,3 Billionen der letzten Juniwoche wird als schlimmes Symptom für die weitere Entwicklung unseres Währungsverfalls angesehen.

Am Cessellenmarkt war das Geschäft heute wieder ziemlich reger bei vorwiegend seltenen Kursen.

Das Museum der Tapete.

In Gegenwart der Spitzen aller ansehnlichen Behörden, der Kunstakademie und der verschiedenen Kunstkreise sowie Tapetenfabrikanten aus dem ganzen Deutschen Reich, aus Oesterreich, Holland, der Schweiz, Dänemark und Skandinavien wurde in Kassel der Schlusstein der Umwandlung des ehemaligen Residenzschlosses in ein Museum eigener Art gelegt. Nachdem bereits vorher neben den im ursprünglichen Zustand erhaltenen Prunksälen der letzten Kurfürsten von Hessen-Kassel eine städtische Galerie neuer Meister und ein Museum für den Geiger Louis Spohr untergebracht waren, sind jetzt alle Nebenräume zur Aufnahme des Deutschen Tapeten-Museums eingerichtet worden.

Wie die persischen und griechischen Geschichtsschreiber berichten, war es in allen Zeiten üblich, die Wände der Wohnräume mit buntpfärbigen Teppichen (lateinisch: tapetum) oder ähnlichen Stoffen zu schmücken, deren Muster den Webstoffen entnommen waren. Im Wandel der Zeiten wurde diese Art des Wand Schmuckes durch Papiertapeten ersetzt, die mit Schablonen hergestellte Tierfiguren und später Szenen aus dem Volksleben sowie geschichtliche Darstellungen zeigten, wie die Museen in Basel und Zürich dem Beschauer vor Augen führen. Wenn man hier das Wort „Rode“ schon gebrauchen darf, so war diese von da ab einem regen Wechsel unterworfen. Außer den altgriechischen Mustern, die nach Archengemälden entworfen waren, dienten nacheinander Leder- und Seidentapeten sowie eine neuerdachte Art, das sogenannte „Granatapfelmuster“, als Wandschmuck. Die Granate versinnbildlichte von jeher reichen Segen und ihre Blüte feurige Liebe. Bei Beginn des 19. Jahrhunderts setzte der Papiertapetenboom mit Landchaftsbildern ein, wie sie noch in manchen alten Bürgerhäusern die kundigen Beschauer entzücken. Eine spätere Neuheit aus unseren Tagen, der sogenannte „Jugendstil“, war nur von kurzer Lebensdauer, man fehrte zur Nachahmung des alten Blumenmusters bald zurück.

Den Entwicklungsgang der Tapete in seinen Haupterscheinungen von der Schwelle der Neuzeit an aufzuzählen, das ist das Verdienst dieses in der ganzen Welt einzig dastehenden Museums, das aus kostbaren Sammlungen des Hamburger Geheimrats Joen hervorgegangen ist und seltene Schätze enthält, von denen die Mehrzahl aus nie wieder zu beschaffenden Stücken besteht. Nicht nur gibt eine alte Tapetenweberei einen Einblick in das Werden der Tapete, es zieht auch die gesamte Wohnungskultur in Deutschland, Frankreich, England, Amerika und Dänemark, für die in den achtzehn Sälen des Museums besondere Abteilungen geschaffen wurden, an dem Beschauer vorüber. Das älteste Stück ist ein spanischer Lederdruck von höchster Feinheit aus Cordoba (15. bis 16. Jahrhundert), das interessanteste ein Druck der englischen Manufaktur, das mit der englischen Krone abgestempelt ist. Nur ein zweites Stück ist davon noch vorhanden, und zwar in einem englischen Museum. Immer wieder farben, die es heute gar nicht mehr gibt, Muster, teils so plastisch wirkend, daß der Schein der Wirklichkeit erreicht ist, und Zusammenstellungen in Riesenausmaßen.

Alle Neuererscheinungen der Tapetenindustrie liegen vorläufig im Magazin, bis sie einmal älter und damit „museumsreif“ geworden sind. Ob diese Maßnahme zu billigen ist, erscheint freilich zweifelhaft. Denn für alle künstlerischen und kunstgewerblichen Dinge gilt der Satz, daß nicht nur die Schöpfungen der Vergangenheit die Gegenwart befruchten, sondern daß auch der Wert und das Wesen des in früheren Zeiten Geschaffenen erst durch Vergleich mit den Leistungen der Jetztzeit in das rechte Licht gerückt werden.

Ein amerikanischer Friedenspreis. Der amerikanische Schriftsteller Edward W. Bok hat einen Preis von 100 000 Dollar ausgesetzt, der demjenigen Amerikaner zufallen soll, der den praktischsten Plan für die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit anderen Völkern für die Herstellung und Erhaltung des Weltfriedens ausarbeitet. Dieser „amerikanische Friedenspreis“, wie er genannt wird, soll in zwei gleiche Teile geteilt werden; der erste ist für die beste Idee bestimmt, der zweite für die praktische Durchführung dieser Idee, entweder durch seine Aufnahme von dem Senat der Vereinigten Staaten, oder durch die genügende Unterstützung, die er bei der öffentlichen Meinung findet. Bok erklärt in seiner Ankündigung, er wolle dem amerikanischen Volk in seiner Gesamtheit Gelegenheit geben, „sich über ein Problem auszupprechen, für das wir bisher keine Antwort finden konnten.“

Wisser Bok irrt sich. Die Antwort auf seine Preisfrage ist bereits vor dreiviertel Jahrhunderten gefunden worden. Sie lautet für den ersten Teil: „Beseitigung des Kapitalismus“ und für den zweiten, praktischen Teil: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Allerdings fürchten wir, daß diese Lösung beim Senat der Vereinigten Staaten keinen Beifall finden wird.

Verkehrsschule für Schulkinder. Die Anforderungen, die der immer wachsende Straßenverkehr der modernen Großstädte an den Schuttmann stellt, verlangen eine besondere Ausbildung der Polizisten für die schwierige Arbeit, die in der Regulierung des Verkehrs an den belebtesten Straßenkreuzungen und Plätzen liegt. Man hat daher in Paris eine „Verkehrsschule“ eingerichtet, in der die Reulinge Unterricht erhalten. Der junge Schuttmann, der für den Straßendienst ausgebildet werden soll, macht verschiedene Klassen durch, in denen er Prüfungen bestehen muß. Die Unterweisung beginnt mit dem theoretischen Unterricht in allen Vorschriften für den Straßenverkehr sowie mit Anweisungen für das Verhalten in schwierigen Fällen. Es folgt ein Kursus in der Körperausbildung, durch den der Geschmeidigkeit und rasche Bewegung erlangt. Dann wird er allmählich in die Geheimnisse der praktischen Ausübung eingeführt. Man beginnt damit, daß man einen erschaffenen Schuttmann mit einem solchen Reuling an einem weniger belebten Punkt aufstellt, wo er unter Leitung des Lehrers arbeiten muß. In den belebtesten Punkten werden während des Dienstes einige Anführer unter die älteren Schulkinder verteilt, die sie bei ihrem Verhalten beobachten und ihnen Anweisungen erteilen. Wenn der Reuling einen Wagen durchfahren läßt, bevor er das Zeichen mit seinem Stabe gegeben hat, wenn er einen Handlanger unbemerkt durchwischen läßt oder sonst irgendwelche Verstöße begeht, dann wird

das notiert und abends in der Unterrichtsstunde wird ihm sein Sündenregister vorgehalten, damit er sich bessert. Auf diese Weise wird ein Stab von erfahrenen und tüchtigen Verkehrsbeamten ausgebildet.

Kaisers D-Zug Berlin-Altona. Im Abteil mit mir noch zwei Reisegefährten. Wenn man nach dem Äußerem urteilen darf: Der Jüngere, dicke, ein Reisender, sei es in Wein oder Wollwaren; der Ältere, kleine, vielleicht ein pensionierter Oberlehrer oder etwas Ähnliches. Die beiden kommen ins Gespräch und — natürlich! — dabei auch auf die heutigen schlechten Zeiten und wie es früher so viel besser gemeßen.

„Ja!“ ruft der Dicke, „wenn unser Kaiser noch an der Spitze stände!“

„Na, ich will Ihnen sagen,“ erwiderte der kleine alte Herr, „das kann man auch nicht so behaupten. Schließlich hat er doch auch ein gut Teil Risiko auf an all dem, was gekommen ist.“

Ich horche auf. Es ist so selten, daß man im D-Zug 3. Klasse unter Weinreisenden und pensionierten Oberlehrern so vernünftige Worte hört.

„Wieso meinen Sie?“ fragt der Dicke. Und nun entziffert der kleine ihm seine Ansichten über Wilhelm II. Er ist Bismarckianer und kann es Wilhelm nicht verzeihen, daß er den Alten kalt stellte. Das zeugte von bedenklichen Charaktereigenschaften. Und sie bewielen sich auch später immer wieder. Bis in die Novembertage 1918 hinein.

„Na ja,“ sagt der Dicke, dem das alles augenscheinlich ziemlich böhmisch vorkommt, „da haben Sie ja wohl so im großen und ganzen recht. Aber er hatte doch auch seine guten Eigenschaften. Er war doch schließlich ein Kerl, der was bedeutete. So nach außen hin wenigstens, meine ich.“

„Nach außen hin — ja, was verstehen Sie darunter?“

„Na Gott, sehen Sie — beispielsweise, wenn er so nach der Parade auf dem Tempelhofer Feld an der Spitze seiner Garde wieder in die Stadt zog . . . na, wissen Sie, das war doch 'ne Sache!“

„Möglich. Aber haben Sie mal seinen Vater so gesehen oder den alten Wilhelm? Das machte doch noch 'nen ganz anderen Eindruck!“

„Ree, wissen Sie, das waren doch noch andere Kerle!“

Rumneht verließ ich fluchtähnlich das Abteil. . . .

Repomul.

Große Berliner Kunstaustellung. Die drei Räume, die der Architekt Leo Sacklisch in Zusammenarbeit mit den Malern Willy Haedel, Edgar Klein und Eugen Schiffan und dem Bildhauer Wilhelm Herzog zur Lösung raumtätiger Fragen geschaffen haben, sind jetzt eröffnet worden.

Das Urteil im Fuchsprozeß.

12 Jahre Zuchthaus wegen Hochverrats.

München, 9. Juli. (Ca.) Das Volksgeschicht München verkündete heute vormittag das Urteil in dem Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen. Das Urteil, das einstimmig gefällt wurde, lautet für Fuchs wegen Verbrechen eines hochverräterischen Unternehmens auf 12 Jahre Zuchthaus, ab vier Monate Untersuchung, sowie auf Geldstrafe von 2 Millionen Mark, im Falle der Nichtbeitreibung 20 Tage Zuchthaus, Tragung der Kosten und Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Für Munk wegen Verbrechen der Beihilfe auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, ab 6 Wochen Untersuchung, 30 Millionen Geldstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Außerdem ist Munk aus dem Reichsgebiet auszuweisen. Die Angeklagten Berger, Rudolf und Richard Gütermann wurden von der Anklage der Beihilfe zu einem Verbrechen des Hochverrats freigesprochen.

Zeitungsstreik in Nürnberg.

Wegen des Verbots der „Fränkischen Tagespost“.

Nürnberg, 9. Juli. (W.B.) Wegen des Verbots der hier erscheinenden „Fränkischen Tagespost“ trat das Personal der Nürnberger Zeitungen in einen Proteststreik. Mit Ausnahme des Zentrumsblattes „Bayerische Volkszeitung“ erscheinen heute keine Nürnberger Zeitungen.

Wiederaufleben der Einwohnerwehren?

Uns wird ein Schriftstück zur Verfügung gestellt, das folgenden Wortlaut hat: D. S. St. 3. Berlin-Hakensee, den 19. Juni 1923. Lübenstr. 10 II r.

Sehr geehrter Herr!

Wir haben bis zum letzten Augenblick gegögert, mit der folgenden außerordentlichen ersten Bitte an Sie heranzutreten. Nach Ansicht aller zuständigen Stellen drohen der öffentlichen und der Sicherheit jedes einzelnen Bürgers in Berlin gegenwärtig große und unmittelbare Gefahren. Zu ihrer Abwehr muß daher auf jeden einzelnen sofort gerechnet werden. Als ehemaliges Mitglied der Einwohnerwehr müssen wir Sie daher bitten, sich für diese Zeit dem gesetzlich zugelassenen hiesigen Druckschutz zur Verfügung zu stellen und Ihre diesbezügliche Zusage unverzüglich dem unterzeichneten Schriftführer des Vereins zu überreichen.

Der Vorstand. A. A. gez. Haushalter.

Es wäre interessant, festzustellen, wer die „zuständigen Stellen“ sind, die die Berliner Bevölkerung derart alarmieren und um was für einen „gesetzlich zugelassenen“ Druckschutz es sich handelt. Die örtlichen Selbstschutzorganisationen und die Einwohnerwehren sind seit Juni 1921 aufgelöst. Es ist uns nicht bekannt, daß Ausnahmen bestehen.

Einigung in Lausanne.

Nach Ratifizierung Abzug der Ententebesatzung aus der Türkei.

Lausanne, 9. Juli. (Ca.) Heute nacht um 1.20 Uhr waren die Verhandlungen zwischen den Türken und den Alliierten beendet. Der Friedensvertrag kann als gesichert gelten mit Ausnahme einiger Punkte, die aber zu Schwierigkeiten keinen Anlaß geben werden und über die in London und in Ankara Rücksprache eingeholt wird. Genaue Einzelheiten über die Regelung der Couponzahlungen und der Kompensationen sind noch nicht bekannt, doch wird versichert, daß man auch da zum Einvernehmen gekommen sei. Konstantinopel wird 6 Wochen nach der Ratifikation des Vertrages in Angora vom Ententemilitär geräumt werden. Die Unterzeichnung des Vertrages wird in etwa 8-10 Tagen in Anwesenheit Lord Curzon und eines russischen Vertreters erfolgen.

Lausanne, 9. Juli. (W.B.) Die grundsätzliche Einigung wird, obgleich Einzelheiten über die Regelung der Konzeptionsfragen, in der die Türken wesentliche Zugeständnisse machen, noch nicht feststehen, hier allgemein als bedeutender Erfolg der türkischen Delegation

gewertet, der es in jähren Verhandlungen gelang, die lange hartnäckig von den Franzosen geforderte Regelung der Goldzahlung der Anleihekupons im Vertrage zu verhindern und auch die sofortige Räumung Konstantinopels nach Ratifizierung durch die Angoraverammlung durchzusetzen — also noch vor der Ratifizierung durch andere Mächte und damit vor Inkrafttreten des Vertrages. Bestehender Punkt, auf dessen Wichtigkeit wiederholt hingewiesen wird, ist besonders bemerkenswert, wenn man sich der jüngsten Pläne erinnert, die eine Räumung erst nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Angora und den Titelinhabern vorsahen. Das Ergebnis der heutigen Beratungen gilt auch deshalb als bedeutungsvoll, weil es die interalliierten Verhandlungen der letzten Zeit beleuchtet und zeigt, daß die französische Absicht, die Türkei durch einen gemeinsamen alliierten ultimativen Schritt und weitere Belohnung zum Einlenken zu bringen, nicht durchzuführen war. Man weist darauf hin, daß der englische und der italienische Widerstand gegen derartige Maßnahmen und die damit verbundene Gefahr eines Abbruchs sowie Griechenlands wiederholt verteilte Reparationspläne, als wichtige Faktoren für die schlechtlie Nachgiebigkeit Frankreichs und damit für die heutige grundsätzliche Einigung eingeschätzt werden müssen.

	9. Juli		7. Juli	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	70427.50	70776.50	68827.50	69172.18
1 argentinische Papier-Peso	62843.50	62656.50	60847.50	61152.50
1 belgischer Franc	8023	8072	8025	8072
1 norwegische Krone	29127	29273	28829	29471
1 dänische Krone	31421	31579	30723	30877
1 schwedische Krone	47381	47619	46883	46610.14
1 kanadische Mark	—	—	4862.50	4887.50
1 japanischer Yen	87281	87719	84787.50	85212.50
1 italienische Lire	7581	7569	7531	7539
1 Pfund Sterling	317850	322650	298802	—
1 Dollar	179550	180450	175560	176400
1 französischer Franc	10274	10326	10274	10326
1 brasilianischer Milreis	18453	18546.50	17935	18045
1 Schweizer Franc	80727	80677	80824	80476
1 spanische Peseta	25436	25596	24987.50	25082.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	239.85	240.85
1 tschechische Krone	—	—	5886.50	5413.50
1 ungarische Krone	—	—	20.29	20.41
1 bulgarische Leva	—	—	1775.50	1784.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1870	1880

Ein Sommersonntag.

Das war der Sonntag, nach dem man sich so lange gesehnt. Ein strahlend blauer Himmel und eine unbarmherzige Sonne, die uns trübselig kommt. Ein Tag für die lange bereit liegenden weißen Kleider und für den ganzen duffigen Staat. Ein Tag für die alten Frauen und Männer in den Sesseln, um auf der Straße zu sitzen und wieder von warmer Lust umschleht zu werden. Ein begnadeter Tag für die Wanderer und für die anderen, die „nur so“ spazieren gehen wollen. Ein Erntetag für die Eisenbahn und die Straßenbahnlinien der Vorortstrecken, die, bis zum Verfall gefüllt, rollenden Schwimmlästen gleich, ihre Menschenfrachten in die Wälder und an die Wälder schleppen.

Besonders an den Wässern tat sich was. Spree und Havel konkurrierten erfolgreich mit der Verkehrschaos in der weihnachtlichen Leipziger Straße und am Strande der Seen gab es in der Tat kein freies Plätzchen mehr. Es war ein Massenbad, wie es vorher Rügge- und Wannsee kaum je gesehen. Auch diesmal wieder forderte der Reichtum seine Opfer. So erkrankte der 17 Jahre alte Bäderlehrer Paul Radtke, der in der Dahme nahe dem Grünauer Sportdenkmal badete. Seine Leiche konnte vom Reichswasserwerk Schmöwitz geborgen werden. Im Rügge-See erkrankte beim Baden der 19 Jahre alte Kaufmann Egger, der auf Besuch bei Verwandten in der Kopernikusstr. 21 wohnte. Am Nachmittag fand der 19jährige Arbeiter Gumpert aus Uhlendorf im Freibad Ostend bei Oberschönweide den Tod in der Spree. Gegen 7 Uhr abends erlitt beim Schwimmen im Wannsee ein unbekannter Mann einen Herzschlag. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Kaufmann Müller aus Berlin. Die Leichen der Verunglückten konnten geborgen werden.

Aber auch die Stadt Berlin hatte ihre Sensation. Morgens gegen 6 Uhr steuerte vom blauen Himmel ein Flugzeug stracks auf die Linden nieder und landete geschickt auf dem breiten Fahrweg am Franz-Josefs-Platz gegenüber der Reuen Wache. Es war das Reichsflugzeug D. 284, das von dem Piloten Antonio Raab aus Breslau geführt wurde. Der Pilot gab an, daß er infolge eines Motordefekts eine Notlandung habe vornehmen müssen, doch setzte die Polizei berechnete Zweifel in seine Angaben, da sich auf dem Platz mehrere Inoperatore eingefunden hatten, die allem Anschein nach von dieser Landung hinter den Linden eine Aufnahme machen wollten. Dieser Verdacht, daß es sich um eine bestellte Notlandung handelt, scheint sich auch zu bewahrheiten. Ein Unter den Linden landendes Flugzeug hat es eben noch in keinem Film gegeben.

30 Grad im Schatten.

Die Hitzeperiode, die uns seit einigen Tagen beglückt, scheint noch nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt zu sein. Gestern wurde von dem Berliner Wetterbureau als höchste Temperatur im Schatten 30 Grad aufgezeichnet. Heute früh 8 Uhr wurden bereits 26 Grad — ein Grad mehr als gestern zur gleichen Zeit — aufgezeichnet. Es ist also damit zu rechnen, daß die gestern gemessenen 30 Grad heute noch überschritten werden.

Die Zirkuswalle vor Gericht.

Das Plaidoyer des Staatsanwalts.

Den Geschworenen wurden heute 52 Schuldfragen vorgelegt. Sie lauten bei den Angeklagten Redakteur Steinicke, Dr. Rosenberg und Kassierer Jegella auf Anstiftung zum Landfriedensbruch, bei einigen auf Führlerschaft. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund nahm darauf das Wort zur Vertretung der Anklage.

Die Politik ist auf einem andern Boden auszureichten als vor dem Schwurgericht. Aber ohne Aufklärung der politischen Fragen hätten die Geschworenen kein richtiges Bild über die Motive der Strafhandlungen bekommen. Es war nicht möglich, die Politik auszuschalten. Im Oktober v. J. begann das politische Leben wieder aufzuleben. Die Rechtsparteien waren nach dem Tode Rathenows aus innerpolitischen Gründen sehr zurückhaltend gewesen. Nun wollten sie sich wieder betätigen. Die erste Kundgebung war die Versammlung des Bundes für Ordnung und Freiheit. Ueber diesen Bund sind die verschiedensten Ansichten verbreitet worden. Die Kommunistische Partei ist der Ansicht, daß es sich um ein staatsgefährliches Gebilde handelt, die Ziele, durch Putzche die Republik und Verfassung abzuschaffen. Der Vorsitzende des Bundes und maßgebende Persönlichkeiten haben diese Auffassung als irrig erklärt. Schon zahlenmäßig sei der Bund ein so geringes Gebilde, daß von einer Gefahr nicht die Rede sein könne. Auch die Behauptung, daß der Bund nur der Dekmantel für derartige Bestrebungen sein würde, wird dadurch widerlegt, daß eine Reihe Frauenverbände und Berufsorganisationen zu den Einberufern gehörten. Oberregierungsrat Belf hat unabweisend erklärt, daß der Polizeipräsident die Frage des Verbots nach allen Seiten geprüft hat. Es handelt sich demnach um eine Versammlung, die nach den bestehenden Gesetzen der Republik zulässig war. Es mag sein, daß einige Personen hineingekommen sind, die von der Leitung nicht gern gesehen waren. Das ändert aber nichts an dem nicht öffentlichen Charakter der Versammlung. Ich gehöre der SPD, nicht an und kann nicht sagen, ob diese Partei noch innere geheimhaltensfähige Ziele hat. Aber der Abgeordnete Bied und der Angeklagte Dr. Rosenberg haben mit erstaunlicher Offenheit die Ziele der Partei vorgelegt. Klipp und klar wurde erklärt, daß von der SPD, erstrebt werde, sobald sie die Macht dazu habe, die jetzige Republik, gegebenenfalls auch mit Gewalt, in eine Republik nach ihrem Sinn umzuwandeln. Das ist für die Beurteilung der Straftaten von Wichtigkeit. Die ersten drei Angeklagten sind die Vertreter der geistigen Arbeit, die diese Partei vertritt, während die Angeklagten 4 bis 16 die körperliche Arbeit vertreten. Der Staatsanwalt geht die Artikel der „Roten Fahne“ durch und kommt zu dem Schluß, daß der Redakteur Steinicke sich der Aufforderungen zur Sprengung der Versammlung, der Anstiftung zu den Unruhen schuldig gemacht habe. Dagegen hält er eine Schuld der Angeklagten Dr. Rosenberg und Jegella nicht für erwiesen und beantragt für diese beiden Freisprechung. Bei den anderen Angeklagten beantragt der Staatsanwalt Verurteilung wegen Teilnahme am Landfriedensbruch, bei einigen auch wegen Führlerschaft. Von den Anklagten beantragt er auch den Angeklagten Kühn freizusprechen, da dieser nach dem Gutachten von Medizinalrat Dr. Thiele unzurechnungsfähig ist.

Der Monstranz-Diebstahl im Dom zu Münster.

50 Millionen Mark Belohnung.

Der aufsehenerregende Diebstahl im Dom zu Münster, aus dem eine Monstranz von unschätzbarem Werte auf rätselhaft Weise verschwinden ist, beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Auf Ersuchen der dortigen Polizeibehörden ist Kriminalkommissar Treutin mit mehreren Beamten nach Münster entsandt worden, um die Untersuchungen zu unterstützen. Unter dem dringenden Verdacht war bereits der zweite Domkämmerer Gräßler verhaftet worden. Diese Verhaftung ist auch nach der Untersuchung durch den Berliner Kriminalkommissar aufrechterhalten worden. Es besteht der dringende Verdacht, daß Gräßler dabei seine Hand im Spiele gehabt hat. Die Monstranz stand in einem diebstahlsicheren Tresor, das kunstvolle Schloß hat, die durch besondere Tricks zu öffnen sind. Nur ein Eingeweihter war also imstande, die Monstranz aus dem Tresor zu nehmen. Dieser zeigt auch keinerlei Spur von Gewalt. Der zweite Domkämmerer, der sich durch sein Verhalten verdächtig gemacht hatte, leugnet zwar noch die Beteiligung an dem Diebstahl, doch glaubt

man, ihn überführen zu können. Die Belohnung, die auf die Wiederbeschaffung des wertvollen Domschatzes ausgesetzt ist, ist auf 50 Millionen Mark erhöht worden.

Lebensmittelunruhen in Nowawes.

Kurz vor Schluß des Blattes wird uns aus Nowawes gemeldet: Seit heute vormittag steht Nowawes im Zeichen großer Lebensmittelunruhen. Eine tausendköpfige Menge drang auf dem Wochenmarkt in die Schlächterstände ein und zwang die Schlächter, Fleisch, das zu 40 000 Mark angeboten wurde, zu 10 000 Mark an das Publikum zu verkaufen. Gegen 11 Uhr wurde Potsdam um polizeilichen Schutz angerufen und wurden zwei Hundertschaften entsandt. Die Menge zieht von Geschäft zu Geschäft und fordert dort, Butter, Obst, Mehl und Kartoffeln nach den vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Das Buttergeschäft von Prestan mußte die Butter mit 10 000 M. verkaufen. Augenblicklich zieht die Menge durch die Straßen. Sämtliche Lebensmittel-, Obst- und Goldwarengeschäfte sind geschlossen.

Bilderschwindel.

400 Millionen für einen falschen Kunstdal.

Ein großer Bilderschwindel ist durch die Kriminalpolizei im letzten Augenblick verhindert worden. Das Gemälde, das eine Felsenlandschaft mit Brücke darstellt, sollte nach Angaben der Verkäufer ein echter Kunstdal sein. Die Diebe hatten sich mit einem Berliner Kunstliebhaber in Verbindung gesetzt, der für das Gemälde 400 Millionen Mark zahlen sollte. Der Mann war auch bereit, das Bild zu erwerben, wurde aber im Laufe der Unterhandlungen stutzig und setzte sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung. Die beiden Verkäufer ließen bei den Verhandlungen, die die Kriminalpolizei jetzt weiter führte, durchblicken, daß es sich um ein Bild handelte, das erst gestohlen werden sollte. Einer der beiden Verkäufer wollte selbst Zeuge gewesen sein, wie Geheimrat Bode das Bild geprüft und für echt befunden habe. Die beiden Männer, wie sich später herausstellte, ein Landwirt Peter Schulz und ein Schlosser Rand, brachten dann auch ein Bild an, das zwar auch ein altes, anscheinend wertvolles Gemälde, aber kein echter Kunstdal ist. Die beiden Bildverkäufer wurden festgenommen und das Gemälde beschlagnahmt. Bisher es stammt hat sich noch nicht feststellen lassen. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um ein altes, wahrscheinlich aus dem 18. Jahrhundert stammendes Gemälde handelt, das ebenfalls einen hohen Kunstwert hat.

Das „Gemeindeblatt der Stadt Berlin“ hat nun mit Erfolg seine Spalten auch für Inserate geöffnet und rechnet dabei auch auf die Unterstützung der Behörden und Lieferanten der Stadt Berlin, um eine größere Verbreitung dieses örtlichen Organs zu ermöglichen. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin ist gern bereit, jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

Ein öffentliches Parkkonzert veranstaltet am Dienstag, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, der Männergesangsverein „Viedertafel Berlin-Welt“ (M. V. D. M. S. W.) im Reich-Park, Potsdamer Straße. — Gleichzeitig macht der Verein darauf aufmerksam, daß kleineren Gesangsvereinen, welchen infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse das Bestehen unrentabel gemacht wird, Gelegenheit geboten ist, sich mit dem obigen Gesangsverein zu verdamieren. Uebungsabende finden jeden Freitag abends 8 Uhr in der Schulaula, Winterfeldstr. 16, statt. — Der „Vollständer Tempelhof, Mariendorf“ (M. V. D. M. S. W.) veranstaltet am Montag, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr, sein erstes diesjähriges öffentliches Parkkonzert in Tempelhof, Vesperstr., Nantenkellstraße. Gesungen und Freunde des Arbeitergesanges sind hierzu freundlich eingeladen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Trocken und größtenteils heiter, ein wenig kühl, bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

23. Juli. Montag, den 9. 7. Uhr. Oberrollstuhl, Bruckstr. 45. Funktionärerversammlung. 24. Juli. Montag 8 Uhr. Funktionärerversammlung bei Blümler. 25. Juli. Dienstag, den 10. 7. Uhr. Zentralrat. 26. Juli. Mittwoch, den 11. 7. Uhr. Zentralrat. 27. Juli. Donnerstag, den 12. 7. Uhr. Zentralrat. 28. Juli. Freitag, den 13. 7. Uhr. Zentralrat. 29. Juli. Samstag, den 14. 7. Uhr. Zentralrat. 30. Juli. Sonntag, den 15. 7. Uhr. Zentralrat.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten, Sonntag, den 8. Juli.

- 1. Rennen. 1. Gildred (Gstein), 2. Morgane (Hüllmann), 3. Secunganbell (Soltrant). Toto: 37:10, Platz: 17, 25:10. Ferner liefen: Jann, Belvedere, Rose, Fuchsmajor, Gerda.
- 2. Rennen. 1. Bohur (Kaiser), 2. Palamedes (D. Schmidt), 3. Vortrachs (Diebst). Toto: 27:10, Platz: 18, 16, 17:10. Ferner liefen: Golltreffer, Golem, Dillan, Schirmherr, Ganstat, Rosenstein, Kumbelent, Jarmar, Sandblau, Faust.
- 3. Rennen. 1. Velde (Baß), 2. Dorian (Larva), 3. Anschlag (D. Schmidt). Toto: 49:10, Platz: 26, 30:10. Ferner liefen: Willger, Stiefelant.
- 4. Rennen. 1. Nisi (D. Schmidt), 2. Solano (Diebst), 3. Faineth (Nenck). Toto: 23:10, Platz: 14, 30:10. Ferner liefen: Kleinheid, Namalan.
- 5. Rennen. 1. Jalaba (Staudinger), 2. Kealinda (Mattenberger), 3. Gelagone (D. Schmidt). Toto: 323:10, Platz: 22, 18, 15:10. Ferner liefen: Ferrara, Romig, Ghida, Martala, Waga, Dublone.
- 6. Rennen. 1. Gollup (Meuler), 2. Vinski (Staudinger), 3. Faust (Guguenin). Toto: 94:10, Platz: 31, 44:10. Ferner liefen: Horca, Gen, Galonia.
- 7. Rennen. 1. Stoffel (Diebst), 2. Nis (Nenck), 3. Golsa (Guguenin). Toto: 24:10, Platz: 14, 18, 16:10. Ferner liefen: Pariall, Orbenstiller, Dant, Imperialist, Karr, Ugr.

Motorradrennen im Stadion. Nachdem am Sonnabend die Vorläufe ausgefahren waren, kamen am Sonntag die Hauptläufe zum Austrag. Die Amateur-Fliegerrennen leiteten die Kämpfe ein. Die besten Leute des Tages waren Ohmella und Schorn. Das Punktschiffen bot ein schönes Bild, die 5 Wertungen vereinigten fast nur Meisterfahrer; Ohmella zeigt sich auch in diesem Rennen den anderen weit überlegen. Die Kleinauto-Rennen waren ohne Zweifel ein Erfolg. Alle Rennen wurden mit einem stonernen Tempo bestritten. Aufsehen erregte ein Bob-Wagen, der mit seinem tollkühnen Fahrer Fettschnecker zeitweise im Weltmetertempo fuhr. Im Rennen für Wagen bis 6 PS ging es gleich vom Anfang scharf her. Peter Moritz (Weiß) und Club (Sörten) trennten sich vom Felde und kämpften erbittert um die Führung, die schließlich in der 8. Runde Peter Moritz an sich riß. Die Zeit des Siegers betrug für die 20 Kilometer 14 Min. 38.3 Sec.

Resultate: Amateur-Zweifelhöcker über 3 Runden. 1. Ohmella-Schorn 3 Min. 29.3 Sec.; 2. Stant-Graue; 3. Bombrom-Nüßbach. — Punktschiffen über 10 km: 1. Ohmella 10 Punkte 11 Min. 14.9 Sec.; 2. Bintelmann 13 Punkte; 3. Vodebulch 16 Punkte. — Rennen für Kleinauto-motoren bis 150 ccm 1.14 PS über 15 Runden: 1. N. Ohmella auf Buße 148 ccm 8 Min. 31.2 Sec.; 2. Schmitt auf Buße 150 ccm 1 m zurück; 3. Senler auf Buße 149 ccm 5 m zurück. — Rennen für Kleinauto-motoren über bis 250 ccm (1.9 PS) über 20 Runden: 1. Grogmann auf Buße 250 ccm 11 Min. 54.1 Sec.; 2. Gadel auf Buße 249 ccm 17 m zurück; 3. Sepler auf Buße 149 ccm nicht auf. — Rennen für mittlere Kraftwagen bis 300 ccm (2.67 PS) über 30 Runden: 1. Ernst auf Buße 349 ccm 14 Min. 08.1 Sec.; 2. Grogmann auf Buße 250 ccm 120 m zurück; 3. Sepler auf Buße 149 ccm 3410 m zurück. — Rennen für Kraftwagen bis 4 Steuer PS über 30 Runden: 1. Klein auf Buße 3.06 PS 14 Min. 55.4 Sec.; 2. Gitzel auf Buße 3.89 PS 1890 m zurück. — Rennen für Kraftwagen bis 5 Steuer PS über 30 Runden: 1. Kettenheuer auf Buße 4.85 PS 18 Min. 28.3 Sec.; 2. Babel auf Buße 3 PS 1560 m zurück; 3. Hoch auf Buße 4.98 PS 1730 m zurück. — Rennen für Kraftwagen bis 6 Steuer PS über 30 Runden: 1. Babel auf Buße 3 PS 14 Min. 38.3 Sec.; 2. Grien auf Buße 4.98 PS 180 m zurück; 3. Binge auf Buße 5.3 PS. — Trossrennen für Kraftwagen bis 4 Steuer PS über 20 Runden: 1. Erblich auf Buße 3.99 PS 12 Min. 43.2 Sec.; 2. von Horn auf Buße 3.8 PS 90 m zurück; 3. Ehrenstamm auf Buße 3.99 PS 670 m zurück.

